



Stiftung Auffangeinrichtung BVG
Fondation institution supplétive LPP
Fondazione istituto collettore LPP

Vorsorgereglement

Allgemeine Bestimmungen (AB)

Verabschiedet am

20.09.2021

Gültig ab dem

01.01.2022

Inhalt

Trägerin und Zweck der Vorsorge		1
Art. 1	Trägerin	1
Art. 2	Zweck	1
Versicherte Personen		1
Art. 3	Kreis der versicherten Personen	1
Art. 4	Weiterversicherung des bisherigen versicherten Lohnes	2
Art. 5	Eingebrachte Freizügigkeitsleistungen	2
Art. 6	Beginn der Vorsorge	2
Art. 7	Vorsorgeschutz	2
Art. 8	Verletzung der Anzeigepflicht	3
Berechnungsgrundlagen		3
Art. 9	BVG-Alter und ordentliches Pensionsalter	3
Art. 10	Massgebender Jahreslohn	3
Art. 11	Versicherter Lohn	3
Art. 12	Sparguthaben	4
Art. 13	Umwandlungssätze	4
Vorsorgeleistungen		4
Im Alter		4
Art. 14	Altersrente	4
Art. 15	Pensionierten-Kinderrente	5
Art. 16	Kapitalbezug der Altersleistungen	5
Im Todesfall		5
Art. 17	Voraussetzungen	5
Art. 18	Ehegattenrente	6
Art. 19	Lebenspartnerrente	7
Art. 20	Waisenrente	7
Art. 21	Todesfallkapital	8
Bei Invalidität		8
Art. 22	Voraussetzungen	8
Art. 23	Invalidenrente	9
Art. 24	Invaliden-Kinderrente	9
Art. 25	Beitragsbefreiung	10
Gemeinsame Bestimmungen		10
Art. 26	Koordination	10
Art. 27	Vorleistungspflicht	11
Art. 28	Subrogation	11
Art. 29	Abtretung von Forderungen	11
Art. 30	Anpassung an die Preisentwicklung	11
Art. 31	Eingetragene Partnerschaft	12
Auszahlung		12
Art. 32	Auszahlungsmodalitäten	12
Art. 33	Anspruchsbegründung	12
Art. 34	Verzugszins	13

Art. 35	Unverpfändbarkeit und Unabtretbarkeit der Ansprüche	13
Finanzierung		13
Beiträge		13
Art. 36	Beitragspflicht	13
Art. 37	Sparbeitrag	13
Art. 38	Risikobeitrag	14
Art. 38a	Rentenbeitrag	14
Art. 39	Verwaltungskostenbeitrag	14
Art. 40	Sanierungsbeitrag	15
Eingebrachte Freizügigkeitsleistungen und freiwilliger Einkauf		15
Art. 41	Verwendung der eingebrachten Freizügigkeitsleistung	15
Art. 42	Maximales Alterskontoguthaben	15
Art. 43	Freiwilliger Einkauf	15
Art. 44	Eingebrachte Vorsorgeleistungen infolge Ehescheidung	16
Freizügigkeit		16
Art. 45	Anspruch auf eine Freizügigkeitsleistung	16
Art. 46	Nachdeckung	16
Art. 47	Höhe der Freizügigkeitsleistung	16
Art. 48	Fälligkeit der Freizügigkeitsleistung	16
Art. 49	Verwendung der Freizügigkeitsleistung	16
Art. 50	Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung	17
Ehescheidung		17
Art. 51	Grundsätze	17
Art. 52	Invalide Personen vor dem Rücktrittsalter	18
Art. 53	Pensionierte und invalide Personen nach dem Rücktrittsalter	18
Art. 54	Lebenslange Rente infolge Vorsorgeausgleichs	19
Wohneigentumsförderung		19
Art. 55	Vorbezug und Verpfändung	19
Art. 56	Wohneigentumsförderungskosten	20
Auskunftspflicht der Stiftung		20
Art. 57	Persönlicher Ausweis	20
Art. 58	Informationspflichten	20
Schlussbestimmungen		21
Art. 59	Massnahmen bei Unterdeckung	21
Art. 60	Erfüllungsort	21
Art. 61	Gerichtsstand	21
Art. 62	Änderung des Reglements	22
Art. 63	Massgebender Text	22
Art. 64	Inkrafttreten	22

Trägerin und Zweck der Vorsorge

Art. 1 Trägerin

Trägerin	¹ Trägerin der in diesem Reglement umschriebenen Vorsorge ist die Schweizerische Sozialpartner-Stiftung für die Auffangeinrichtung gemäss Art. 60 BVG (Stiftung Auffangeinrichtung BVG), nachstehend «Stiftung» genannt.
Sitz und Aufsicht	² Die Stiftung hat ihren Sitz in Zürich. Sie untersteht der Aufsicht der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge.

Art. 2 Zweck

Zweck	¹ Diese Vorsorge bezweckt, die versicherten Personen und deren Hinterlassene gegen die wirtschaftlichen Folgen des Erwerbsausfalles bei Erreichen des Pensionsalters, bei Tod oder bei Invalidität zu schützen.
Vorsorgereglement und Vorsorgeplan	² Die vorliegenden Allgemeinen Bestimmungen bilden zusammen mit dem jeweiligen Vorsorgeplan das Reglement, welches die berufliche Vorsorge für Alter, Tod und Invalidität umschreibt sowie die Rechte und Pflichten der Stiftung, der angeschlossenen Arbeitgeber und der versicherten Personen bzw. deren Hinterlassenen festlegt.
Gewährleistung der obligatorischen Leistungen gemäss BVG	³ Die Stiftung gewährleistet in jedem Fall die nach dem Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) vom 25. Juni 1982 vorgesehenen obligatorischen Leistungen.

Versicherte Personen

Art. 3 Kreis der versicherten Personen

Kreis	¹ Der Kreis der versicherten Personen ist im Vorsorgeplan umschrieben.
Nicht aufgenommene Personen	² Nicht in die obligatorische Vorsorge aufgenommen werden Personen: <ol style="list-style-type: none">die das 17. Altersjahr noch nicht vollendet haben;die das ordentliche Pensionsalter bereits erreicht haben;deren Jahreslohn den Mindestlohn gemäss Art. 7 BVG nicht übersteigt;deren Arbeitsvertrag auf höchstens drei Monate abgeschlossen wurde. Vorbehalten ist Absatz 3;die nebenberuflich tätig und bereits für eine hauptberufliche Erwerbstätigkeit obligatorisch versichert sind oder im Hauptberuf eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben;die im Sinne der IV zu mindestens 70 % invalid sind oder arbeitsunfähig sind und den Mindestlohn gemäss Art. 7 BVG nicht erreichen;die nicht oder voraussichtlich nicht dauernd in der Schweiz tätig sind und im Ausland genügend versichert sind, sofern sie die Befreiung von der Aufnahme in die Stiftung beantragen. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der Abkommen zwischen der Schweiz und der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie der EFTA.

Befristet angestellte Personen³ Personen mit befristeten Anstellungen oder Einsätzen sind der obligatorischen Vorsorge unterstellt, wenn:

- a. das Arbeitsverhältnis ohne Unterbruch über die Dauer von drei Monaten hinaus verlängert wird. In diesem Fall ist die Person von dem Zeitpunkt an versichert, in dem die Verlängerung vereinbart wurde;
- b. mehrere aufeinanderfolgende Anstellungen beim gleichen Arbeitgeber oder Einsätze für das gleiche verleihende Unternehmen insgesamt länger als drei Monate dauern und kein Unterbruch drei Monate übersteigt. In diesem Fall ist die Person ab Beginn des insgesamt vierten Arbeitsmonats versichert. Wird jedoch vor dem ersten Arbeitsantritt vereinbart, dass die Anstellungs- oder Einsatzdauer insgesamt drei Monate übersteigt, so ist die Person ab Beginn des Arbeitsverhältnisses versichert.

Art. 4 Weiterversicherung des bisherigen versicherten Lohnes

Sofern dies im Vorsorgeplan vorgesehen ist, kann die versicherte Person, deren Lohn sich nach dem 58. Altersjahr um höchstens die Hälfte reduziert, die Vorsorge für den bisherigen versicherten Lohn höchstens bis Erreichen des ordentlichen Pensionsalters weiterführen.

Art. 5 Eingebachte Freizügigkeitsleistungen

Pflicht, die Freizügigkeitsleistungen einzubringen¹ Die versicherte Person ist verpflichtet, die Freizügigkeitsleistungen aus früheren Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtungen in die Stiftung einzubringen.

Verwendung² Die eingebrachten Freizügigkeitsleistungen werden zur Erhöhung des Sparguthabens verwendet.

Art. 6 Beginn der Vorsorge

Der Beginn der Vorsorge ist im Vorsorgeplan geregelt.

Art. 7 Vorsorgeschutz

Gesundheitsprüfung¹ Die aufzunehmenden Personen haben nach Beginn der Vorsorge mittels eines von der Stiftung zur Verfügung gestellten Formulars eine Erklärung über ihren Gesundheitszustand abzugeben. Bis zum Einreichen dieser Gesundheitserklärung entspricht der Vorsorgeschutz den obligatorischen Leistungen gemäss BVG. Die Stiftung kann diese Erklärung ihrer Vertrauensärztin oder ihrem Vertrauensarzt zur Begutachtung vorlegen oder aufgrund der Angaben in der Erklärung auf Kosten der Stiftung eine ärztliche Untersuchung anordnen. Der Vorsorgeschutz für Leistungen, welche über das BVG hinausgehen, ist definitiv, sobald die Stiftung die vorbehaltlose Aufnahme schriftlich bestätigt hat.

Vorbehalt² Die Stiftung kann aufgrund der Ergebnisse der Gesundheitsprüfung einen Gesundheitsvorbehalt für die Risikoleistungen anbringen, der jedoch höchstens fünf Jahre dauert. Tritt innerhalb dieser Vorbehaltsdauer ein Leistungsfall ein, für dessen Ursache ein Vorbehalt bestand, werden die von der Stiftung auszurichtenden Risikoleistungen lebenslang auf die obligatorischen Leistungen gemäss BVG gekürzt. Der den Barwert dieser Risikoleistungen übersteigende Teil der eingebrachten Eintrittsleistung gelangt zusätzlich zur Auszahlung.

Vorbehalt bei
selbständigerwer-
benden Personen

³ Bei selbständigerwerbenden Personen kann aus gesundheitlichen Gründen auch für die obligatorischen Leistungen gemäss BVG ein auf höchstens drei Jahre befristeter Vorbehalt für die Risiken Tod und Invalidität angebracht werden. Kein Vorbehalt wird angebracht, wenn die selbständigerwerbende Person mindestens sechs Monate obligatorisch versichert war und sich innert Jahresfrist freiwillig versichert.

Art. 8 Verletzung der Anzeigepflicht

Hat die versicherte Person bei Eintritt in die Stiftung gesundheitliche Fragen, über die sie schriftlich befragt wurde, nicht wahrheitsgetreu beantwortet, kann die Stiftung innert drei Monaten, nachdem sie von der Anzeigepflichtverletzung Kenntnis erhalten hat, die Erbringung der Gesamtleistungen an selbständigerwerbende Personen sowie der Leistungen an die übrigen versicherten Personen, welche über das BVG hinausgehen, verweigern. Die schon erbrachten Leistungen werden zurückgefordert.

Berechnungsgrundlagen

Art. 9 BVG-Alter und ordentliches Pensionsalter

BVG-Alter	¹ Das BVG-Alter entspricht der Differenz zwischen dem Kalenderjahr und dem Geburtsjahr.
Ordentliches Pensionsalter	² Das ordentliche Pensionsalter entspricht dem ordentlichen AHV-Pensionsalter.

Art. 10 Massgebender Jahreslohn

AHV-Lohn	¹ Grundlage für die Festsetzung des massgebenden Jahreslohnes bildet das nach der AHV-Gesetzgebung bestimmte Jahreseinkommen.
Aufrechnung	² Ist die versicherte Person weniger als ein Jahr beim Arbeitgeber beschäftigt, gilt als Jahreslohn derjenige Lohn, den sie bei ganzjähriger Beschäftigung erzielen würde.
Meldepflicht	³ Der massgebende Jahreslohn wird der Stiftung jeweils per 1. Januar bzw. per Beginn der Vorsorge gemeldet. Bleibt diese Meldung aus und liegen von der zuständigen Ausgleichskasse keine Angaben vor, so ist der letzte bekannte Jahreslohn massgebend.

Art. 11 Versicherter Lohn

Versicherter Lohn	¹ Der versicherte Lohn ist im Vorsorgeplan definiert.
Versicherter Lohn in Sonderfällen	² Sinkt der Jahreslohn vorübergehend wegen Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Mutterschaft, Vaterschaft oder aus ähnlichen Gründen, so behält der bisherige versicherte Lohn solange Gültigkeit, als die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers nach Artikel 324a des Obligationenrechts (OR) bestehen würde oder ein Mutterschaftsurlaub nach Artikel 329f OR, ein Vaterschaftsurlaub nach Artikel 329g OR oder ein Betreuungsurlaub nach Artikel 329i OR dauert. Während dieser Zeit sind die Beiträge voll zu entrichten. Die versicherte Person kann jedoch die Herabsetzung des versicherten Lohnes verlangen. In diesem Fall besteht die Beitragspflicht nur auf diesem herabgesetzten versicherten Lohn.

Sonderfall ³ Bezieht die versicherte Person während eines ganzen Monats keinen Lohn, besteht auch kein Versicherungsschutz für diesen Monat. Der Versicherungsschutz wird für diesen Monat sistiert.

Art. 12 Sparguthaben

Sparguthaben	¹ Das Sparguthaben setzt sich zusammen aus: <ul style="list-style-type: none">a. dem Alterskontoguthaben;b. dem Zusatzkontoguthaben.
Alterskontoguthaben	² Das Alterskontoguthaben setzt sich zusammen aus: <ul style="list-style-type: none">a. den eingebrachten Freizügigkeitsleistungen;b. den individuellen Sparbeiträgen;c. den Einkäufen;d. den Leistungen aus Vorsorgeausgleich infolge Scheidung;e. den Rückzahlungen eines Vorbezugs;f. den weiteren Einlagen;g. den auf diesen Beträgen vergüteten Zinsen.
Zusatzkontoguthaben	³ Eintritts- oder Einkaufsleistungen, die den höchstmöglichen Betrag des Alterskontoguthabens gemäss Einkaufstabelle übersteigen, werden dem Zusatzkonto gutgeschrieben.
Zinssätze obligatorische Vorsorge	⁴ Im Bereich der obligatorischen Vorsorge entspricht der Zinssatz dem vom Bundesrat festgelegten Satz. Vorbehalten bleibt eine vom Stiftungsrat beschlossene Senkung der Verzinsung bei einer Unterdeckung.
Zinssätze überobligatorische Vorsorge und Zusatzkonto	⁵ Im Bereich der überobligatorischen Vorsorge und beim Zusatzkonto setzt der Stiftungsrat die Zinssätze fest; diese können jederzeit überprüft und den neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Art. 13 Umwandlungssätze

Höhe	¹ Die Umwandlungssätze werden in den Anhängen zu den Vorsorgeplänen festgelegt.
Anpassung	² Sie werden vom Stiftungsrat festgesetzt. Sie können jederzeit überprüft und den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Eine Änderung wird vor Inkrafttreten mitgeteilt.

Vorsorgeleistungen

Im Alter

Art. 14 Altersrente

Ordentliche Pensionierung	¹ Die nicht invalide versicherte Person hat Anspruch auf die Altersrente, wenn eine solche im Vorsorgeplan versichert ist und sie das ordentliche Pensionsalter erreicht.
Vorzeitige Pensionierung	² Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach Vollendung des 58. Altersjahres kann die nicht invalide versicherte Person die Altersrente vorzeitig beziehen. Das

entsprechende schriftliche Begehren ist der Stiftung spätestens drei Monate vorher einzureichen.

Aufgeschobene Pensionierung

³ Bei Weiterführung der Erwerbstätigkeit über das ordentliche Pensionsalter kann die versicherte Person spätestens bis zur Vollendung des 70. Altersjahres den Bezug der Altersleistung aufschieben. Das entsprechende schriftliche Begehren ist der Stiftung spätestens drei Monate vor Erreichen des ordentlichen Pensionsalters einzureichen.

Höhe

⁴ Die Höhe der Altersrente wird im Vorsorgeplan festgelegt.

Beginn

⁵ Bei einer ordentlichen Pensionierung beginnt der Anspruch auf die Altersrente am Monatsersten nach Erreichen des ordentlichen Pensionsalters. Bei einer vorzeitigen und bei einer aufgeschobenen Pensionierung beginnt der Rentenanspruch am Monatsersten nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Ende

⁶ Der Anspruch auf die Altersrente erlischt am Ende des Monats, in dem die versicherte Person stirbt.

Art. 15 Pensionierten-Kinderrente

Beginn

¹ Die versicherte Person, die eine Altersrente bezieht, hat für jedes Kind, das im Falle ihres Todes eine Waisenrente beanspruchen könnte, Anspruch auf eine Pensionierten-Kinderrente.

Höhe

² Die Höhe der Pensionierten-Kinderrente wird im Vorsorgeplan festgelegt.

Ende

³ Der Anspruch auf die Pensionierten-Kinderrente erlischt spätestens mit Vollendung des 18. Altersjahres respektive mit dem Tod des Kindes. Er besteht über das 18. Altersjahr des Kindes hinaus, jedoch längstens bis zur Vollendung des 25. Altersjahres:

- a. wenn sich das Kind noch in Ausbildung befindet: bis zum Abschluss derselben;
- b. wenn das Kind invalid ist: dem Rentenbruchteil der IV entsprechend bis zur Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit bzw. bis zum Tod des Kindes.

Art. 16 Kapitalbezug der Altersleistungen

Kapitalbezug

¹ Die versicherte Person kann die gesamte Altersleistung oder einen Teil davon in Kapitalform beziehen. Das Begehren ist der Stiftung vor der Pensionierung schriftlich einzureichen. Es kann nicht widerrufen werden.

Zustimmung der Ehegattin oder des Ehegatten

² Ist die versicherte Person verheiratet, ist die Auszahlung des Alterskapitals nur zulässig, wenn die Ehegattin oder der Ehegatte schriftlich zugestimmt hat. Die Stiftung kann eine amtliche Beglaubigung oder eine andere Kontrolle der Unterschriften sowie einen Zivilstandsnachweis verlangen.

Folgen

³ Wird die Altersleistung teilweise oder ganz in Kapitalform bezogen, so entfallen die Ansprüche auf Hinterlassenenleistungen im gleichen Ausmass.

Im Todesfall

Art. 17 Voraussetzungen

¹ Ein Anspruch auf Hinterlassenenleistungen besteht, wenn die versicherte Person:

- a. im Zeitpunkt des Todes oder bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zum Tode geführt hat, bei der Stiftung versichert war; oder

- b. infolge eines Geburtsgebrechens bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit mindestens zu 20 %, aber weniger als zu 40 % arbeitsunfähig war und bei Erhöhung der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zum Tod geführt hat, auf mindestens 40 % versichert war; oder
- c. als Minderjährige invalid wurde und deshalb bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit mindestens zu 20 %, aber weniger als zu 40 % arbeitsunfähig war und bei Erhöhung der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zum Tod geführt hat, auf mindestens 40 % versichert war; oder
- d. von der Stiftung im Zeitpunkt des Todes Anspruch auf eine Alters- oder Invalidenrente hatte.

Art. 18 Ehegattenrente

Ehegattin oder Ehegatte	¹ Die überlebende Ehegattin oder der überlebende Ehegatte hat Anspruch auf die Ehegattenrente, wenn eine solche im Vorsorgeplan versichert ist und sie oder er beim Tod der versicherten Person: <ul style="list-style-type: none"> a. für den Unterhalt eines oder mehrerer Kinder aufkommen muss; oder b. das 45. Altersjahr zurückgelegt hat und die Ehe mindestens fünf Jahre gedauert hat.
Einmalige Abfindung	² Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, hat die überlebende Ehegattin oder der überlebende Ehegatte Anspruch auf eine Kapitalabfindung in der Höhe von drei Jahresrenten.
Geschiedene Ehegattin oder geschiedener Ehegatte	³ Die geschiedene Ehegattin oder der geschiedene Ehegatte hat Anspruch auf die gemäss BVG obligatorische Ehegattenrente, sofern die Ehe mindestens zehn Jahre gedauert hat und der geschiedenen Ehegattin oder dem geschiedenen Ehegatten im Scheidungsurteil eine Rente nach Art. 124e Abs. 1 oder Art. 126 Abs. 1 ZGB zugesprochen wird, welche im Zeitpunkt des Todes noch geschuldet gewesen wäre.
Übergangsbestimmungen	⁴ Geschiedene Ehegatten, denen vor Inkrafttreten der Änderung von Art. 20 BVV 2 per 1. Januar 2017 eine Rente oder eine Kapitalabfindung für eine lebenslängliche Rente zugesprochen wurde, haben Anspruch auf Leistungen nach dem bisherigen Art. 20 BVV 2.
Kürzung	⁵ Die Leistungen der Stiftung an die geschiedene Ehegattin oder den geschiedenen Ehegatten werden um jenen Betrag gekürzt, um den sie zusammen mit den Hinterlassenenleistungen der AHV den Anspruch aus dem Scheidungsurteil übersteigen. Hinterlassenenleistungen der AHV werden dabei nur so weit angerechnet, als sie höher sind als ein eigener Anspruch auf eine Invalidenrente der IV oder eine Altersrente der AHV.
Höhe	⁶ Die Höhe der Ehegattenrente wird im Vorsorgeplan festgelegt.
Beginn	⁷ Beim Tod einer aktiv versicherten Person beginnt der Anspruch auf die Ehegattenrente am Todestag. Beim Tod einer Person, welche eine Alters- oder Invalidenrente bezieht, beginnt der Anspruch auf die Ehegattenrente am Monatsersten nach dem Todestag.
Ende	⁸ Der Anspruch auf die Ehegattenrente erlischt am Ende des Monats, in dem die überlebende Ehegattin oder der überlebende Ehegatte wieder heiratet oder stirbt.

Art. 19 Lebenspartnerrente

Lebenspartner	<p>¹ Die überlebende Lebenspartnerin oder der überlebende Lebenspartner hat Anspruch auf die Lebenspartnerrente, wenn eine solche im Vorsorgeplan versichert ist und beim Tod der versicherten Person:</p> <ol style="list-style-type: none">die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner und die versicherte Person unverheiratet sind; undsie nicht miteinander in einem Grad verwandt sind, dass eine Eheschliessung verboten wäre; undsie in den letzten fünf Jahren bis zum Tod der versicherten Person ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft mit gemeinsamem Wohnsitz geführt haben oder die überlebende Lebenspartnerin oder der überlebende Lebenspartner für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss. <p>Beim Tod einer Person, welche eine Altersrente bezieht, hat die überlebende Lebenspartnerin oder der überlebende Lebenspartner nur Anspruch auf die Lebenspartnerrente, wenn die Anspruchsvoraussetzungen bereits vor der Pensionierung der verstorbenen versicherten Person erfüllt waren.</p>
Meldepflicht	<p>² Der Anspruch auf die Lebenspartnerrente besteht nur, wenn die Lebenspartnerschaft der Stiftung vor Eintritt eines Vorsorgefalls mittels einer schriftlichen, von der Lebenspartnerin und dem Lebenspartner unterzeichneten Erklärung gemeldet wurde.</p>
Höhe	<p>³ Die Höhe der Lebenspartnerrente wird im Vorsorgeplan festgelegt.</p>
Beginn	<p>⁴ Beim Tod einer aktiv versicherten Person beginnt der Anspruch auf die Lebenspartnerrente am Todestag. Beim Tod einer Person, welche eine Alters- oder Invalidenrente bezieht, beginnt der Anspruch auf die Lebenspartnerrente am Monatsersten nach dem Todestag.</p>
Ende	<p>⁵ Der Anspruch auf die Lebenspartnerrente erlischt am Ende des Monats, in dem die überlebende Lebenspartnerin oder der überlebende Lebenspartner heiratet, eine Lebenspartnerschaft im Sinne von diesem Reglement wieder eingeht oder stirbt.</p>
Anrechnung von Vorsorgeleistungen	<p>⁶ Die Lebenspartnerrente wird um den Betrag allfälliger Hinterlassenenleistungen aus einer anderen Vorsorgeeinrichtung gekürzt.</p>

Art. 20 Waisenrente

Kinder	<p>¹ Folgende Kinder haben Anspruch auf die Waisenrente, wenn eine solche im Vorsorgeplan versichert ist:</p> <ol style="list-style-type: none">die Kinder der versicherten Person;die Pflegekinder der versicherten Person, sofern diese für deren Unterhalt aufzukommen hatte.
Höhe	<p>² Die Höhe der Waisenrente wird im Vorsorgeplan festgelegt.</p>
Beginn	<p>³ Beim Tod einer aktiv versicherten Person beginnt der Anspruch auf die Waisenrente am Todestag. Beim Tod einer Person, welche eine Alters- oder Invalidenrente bezieht, beginnt der Anspruch auf die Waisenrente am Monatsersten nach dem Todestag.</p>
Ende	<p>⁴ Der Anspruch auf die Waisenrente endet spätestens mit Vollendung des 18. Altersjahres respektive mit dem Tod des Kindes. Er besteht über das 18. Altersjahr des Kindes hinaus, jedoch längstens bis zur Vollendung des 25. Altersjahres:</p>

- a. wenn sich das Kind noch in Ausbildung befindet: bis zum Abschluss derselben;
- b. wenn das Kind invalid ist: dem Rentenbruchteil der IV entsprechend bis zur Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit bzw. bis zum Tod des Kindes.

Art. 21 Todesfallkapital

Voraussetzung	¹ Stirbt eine versicherte Person vor dem Bezug einer Alters- oder Invalidenrente, ohne dass ein Anspruch auf eine Ehegatten-, Lebenspartnerrente oder eine Rente an die geschiedene Ehegattin oder an den geschiedenen Ehegatten entsteht, wird ein Todesfallkapital fällig, sofern ein solches im Vorsorgeplan versichert ist.
Anspruchsberechtigte Personen	² Anspruch auf das Todesfallkapital haben: <ul style="list-style-type: none"> a. die überlebende Ehegattin oder der überlebende Ehegatte; b. bei dessen Fehlen die Kinder der versicherten Person, die Anspruch auf eine Waisenrente im Sinne dieses Reglements haben; c. bei deren Fehlen die natürlichen Personen, die von der versicherten Person in erheblichem Masse unterstützt worden sind, oder die Person, die mit dieser in den letzten fünf Jahren bis zu ihrem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft mit einem gemeinsamen Wohnsitz geführt hat oder die für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss; d. bei deren Fehlen die Kinder der verstorbenen Person, die keinen Anspruch auf eine Waisenrente im Sinne dieses Reglements haben. <p>Sind mehrere Personen anspruchsberechtigt, so wird das Todesfallkapital zu gleichen Teilen ausbezahlt.</p>
Lebenspartnerin oder Lebenspartner	³ Für die Begünstigung nach Absatz 2 Buchstabe c wird weiter vorausgesetzt, dass die Lebenspartnerin und der Lebenspartner unverheiratet und nicht miteinander in einem Grad verwandt sind, nach welchem eine Eheschliessung verboten wäre.
Höhe	⁴ Die Höhe des Todesfallkapitals wird im Vorsorgeplan festgelegt.
Verfall an die Stiftung	⁵ Fehlen Anspruchsberechtigte nach Absatz 2, fällt das Todesfallkapital an die Stiftung.

Bei Invalidität

Art. 22 Voraussetzungen

Die versicherte Person hat Anspruch auf Invalidenleistungen, wenn solche im Vorsorgeplan versichert sind und sie:

- a. im Sinne der IV zu mindestens 40 % invalid ist und bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, bei der Stiftung versichert war;
- b. infolge eines Geburtsgebrechens bei Aufnahme der Erwerbstätigkeit zu mindestens 20 %, aber weniger als 40 % arbeitsunfähig war und bei Erhöhung der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, auf mindestens 40 % versichert war;
- c. als Minderjährige invalid wurde und deshalb bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu mindestens 20 %, aber weniger als 40 % arbeitsunfähig war und bei Erhöhung der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, auf mindestens 40 % versichert war.

Art. 23

Invalidenrente

- Feststellungen der IV ¹ Der Beginn, die Höhe und alle Veränderungen des für die Stiftung massgebenden Invaliditätsgrads richten sich nach den Feststellungen der IV, soweit eine Bindungswirkung besteht. Der prozentuale Rentenanteil wird angepasst, wenn sich der massgebende Invaliditätsgrad um mindestens 5 % verändert.
- Aufschub der Ausrichtung ² Die Invalidenrente wird erst ausgerichtet, wenn die Taggelder aus einer Krankenversicherung oder aus der Unfallversicherung nach UVG ausgeschöpft sind, sofern diese mindestens 80 % des entgangenen Lohnes betragen und vom Arbeitgeber mindestens zur Hälfte mitfinanziert wurden.
- Höhe ³ Die Höhe der Invalidenrente entspricht, je nach massgebendem Invaliditätsgrad, folgendem prozentualen Anteil einer ganzen Invalidenrente:

Massgebender Invaliditätsgrad	Prozentualer Rentenanteil
0 – 39 %	0.0 %
40 %	25.0 %
41 %	27.5 %
42 %	30.0 %
43 %	32.5 %
44 %	35.0 %
45 %	37.5 %
46 %	40.0 %
47 %	42.5 %
48 %	45.0 %
49 %	47.5 %
50 % – 69 %	Der prozentuale Rentenanteil entspricht dem massgebenden Invaliditätsgrad
70 % – 100 %	100 %

Die Höhe der ganzen Invalidenrente wird im Vorsorgeplan festgelegt.

- Ende ⁴ Der Anspruch auf die Invalidenrente erlischt am Ende des Monats, in dem die Invalidität wegfällt oder die versicherte Person stirbt. Bei versicherten Personen, welche der obligatorischen beruflichen Vorsorge von arbeitslosen Personen unterstehen sowie solchen, welche ihre Vorsorge nach Art. 47 Abs. 2 BVG freiwillig weiterführen, erlischt der Anspruch auf die Invalidenrente spätestens mit Erreichen des ordentlichen Pensionsalters.

Art. 24

Invaliden-Kinderrente

- Beginn ¹ Die versicherte Person, die eine Invalidenrente bezieht, hat für jedes Kind, das im Falle ihres Todes eine Waisenrente beanspruchen könnte, Anspruch auf eine Invaliden-Kinderrente.
- Höhe ² Die Höhe der Invaliden-Kinderrente wird im Vorsorgeplan festgelegt.
- Ende ³ Der Anspruch auf die Invaliden-Kinderrente erlischt mit dem Wegfall des Anspruches auf die Invalidenrente, spätestens mit Vollendung des 18. Altersjahres respektive mit dem Tod des Kindes. Er besteht über das 18. Altersjahr des Kindes hinaus, jedoch längstens bis zur Vollendung des 25. Altersjahres:
- wenn sich das Kind noch in Ausbildung befindet: bis zum Abschluss derselben;

- b. wenn das Kind invalid ist: dem Rentenbruchteil der IV entsprechend bis zur Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit bzw. bis zum Tod des Kindes.

Art. 25 Beitragsbefreiung

Der Anspruch auf Beitragsbefreiung ist im Vorsorgeplan geregelt.

Gemeinsame Bestimmungen

Art. 26 Koordination

- Kürzung ¹ Die Stiftung kürzt die Hinterlassenenleistungen und Invalidenleistungen, soweit diese zusammen mit anderen anrechenbaren Einkünften 90 % des mutmasslich entgangenen Verdienstes übersteigen.
- Anrechenbare Einkünfte ² Als anrechenbare Einkünfte gelten Leistungen gleicher Art und Zweckbestimmung, die der anspruchsberechtigten Person aufgrund des schädigenden Ereignisses ausgerichtet werden, wie Renten oder Kapitalleistungen mit ihrem Rentenumwandlungswert in- und ausländischer Sozialversicherungen und Vorsorgeeinrichtungen, Taggelder aus obligatorischen Versicherungen und Taggelder aus freiwilligen Versicherungen, wenn diese mindestens zur Hälfte vom Arbeitgeber finanziert werden. Hilflosen- und Integritätsentschädigungen, Abfindungen, Assistenzbeiträge und ähnlichen Leistungen dürfen nicht angerechnet werden. Person, die Invalidenleistungen beziehen, wird überdies das weiterhin erzielte oder zumutbarerweise noch erzielbare Erwerbs- oder Ersatzeinkommen angerechnet.
- Kürzung bei Erreichen des ordentlichen Rentenalters ³ Hat die versicherte Person das ordentliche Rentenalter erreicht, so kürzt die Stiftung ihre Leistungen, wenn diese zusammentreffen mit Leistungen der Unfallversicherung, der Militärversicherung oder vergleichbaren ausländischen Leistungen. Die Stiftung erbringt die Leistungen weiterhin in gleichem Umfang wie vor Erreichen des ordentlichen Rentenalters. Insbesondere muss sie Leistungskürzungen bei Erreichen des Rentenalters nach Art. 20 Abs. 2^{ter} und 2^{quater} UVG und Art. 47 Abs. 1 MVG nicht ausgleichen.
- Reduktion der Kürzung ⁴ Die gekürzten Leistungen der Stiftung dürfen zusammen mit den Leistungen nach UVG, nach MVG und den vergleichbaren ausländischen Leistungen nicht tiefer sein als die ungekürzten Leistungen nach den Art. 24 und 25 BVG. Gleicht die Unfall- oder die Militärversicherung eine Reduktion der AHV-Leistungen deshalb nicht vollständig aus, weil deren Höchstbetrag erreicht ist (Art. 20 Abs. 1 UVG, Art. 40 Abs. 2 MVG), so reduziert die Stiftung die Kürzung ihrer Leistung um den nicht ausgeglichenen Betrag.
- Einkünfte ⁵ Die Einkünfte der überlebenden Ehegattin oder des überlebenden Ehegatten bzw. der Lebenspartnerin oder des Lebenspartners und der Kinder werden zusammengerechnet.
- Auskunftspflicht ⁶ Die anspruchsberechtigte Person muss der Stiftung über alle anrechenbaren Einkünfte Auskunft geben.
- Anpassungen der Leistungen ⁷ Die Stiftung kann die Voraussetzungen und den Umfang einer Kürzung jederzeit überprüfen und ihre Leistungen anpassen, wenn sich die Verhältnisse wesentlich ändern.
- Kürzung eines anderen Sozialversicherungsträgers ⁸ Die Stiftung kürzt die Hinterlassenen- und Invalidenleistungen im entsprechenden Umfang, wenn:
- die AHV oder die IV eine Leistung kürzt, entzieht oder verweigert, weil die anspruchsberechtigte Person den Tod oder die Invalidität durch schweres Verschulden herbeigeführt hat;

- b. die Unfall- oder Militärversicherung eine Leistung infolge schuldhaften Herbeiführens des Vorsorgefalles kürzt, entzieht oder verweigert;
- c. eine ausländische Sozialversicherung eine Leistung infolge schuldhaften Herbeiführens des Vorsorgefalles kürzt, entzieht oder verweigert.

Provisorische
Weiterversicherung

⁹ Während der provisorischen Weiterversicherung und Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs gemäss Art. 26a BVG kürzt die Stiftung die Invalidenrente entsprechend dem verminderten Invaliditätsgrad der versicherten Person, jedoch nur soweit wie die Kürzung durch ein Zusatzeinkommen der versicherten Person ausgeglichen wird.

Anrechnung
Rentenleistung
nach Scheidung

¹⁰ Wird bei einer Scheidung eine gekürzte Invalidenrente nach dem Rentenalter geteilt, wird der Rentenanteil, welcher der berechtigten Ehegattin oder dem berechtigten Ehegatten zugesprochen wurde, bei der Berechnung von ungerechtfertigten Vorteilen der verpflichteten Ehegattin oder des verpflichteten Ehegatten weiterhin angerechnet.

Art. 27 **Vorleistungspflicht**

Beindet oder befand sich die versicherte Person beim Entstehen des Leistungsanspruchs nicht in der leistungspflichtigen Vorsorgeeinrichtung, ist die Stiftung im Rahmen der gemäss BVG obligatorischen Leistungen vorleistungspflichtig, sofern ihr die versicherte Person zuletzt angehört hat. Steht die leistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung fest, nimmt die Stiftung auf diese Rückgriff.

Art. 28 **Subrogation**

Die Stiftung tritt gegenüber Drittpersonen, die für den Vorsorgefall haften, im Zeitpunkt des Ereignisses bis auf die Höhe der gemäss BVG obligatorischen Leistungen in die Ansprüche der anspruchsberechtigten Personen gemäss diesem Reglement ein.

Art. 29 **Abtretung von Forderungen**

Die anspruchsberechtigten Personen auf Hinterlassenenleistungen und Invalidenleistungen haben ihre Forderung gegen haftpflichtige Dritte bis zur Höhe der Leistungspflicht der Stiftung an diese abzutreten, soweit diese nicht nach Art. 28 subrogiert. Die Stiftung kann die Auszahlung ihrer Leistungen bis zur Abtretung der Forderungen aufschieben.

Art. 30 **Anpassung an die Preisentwicklung**

Obligatorische
Ehegatten-,
Waisen-, Invaliden
und Invaliden-
Kinderrenten

¹ Die gemäss BVG obligatorischen Ehegatten-, Waisen- Invaliden und Invaliden-Kinderrenten, deren Laufzeit drei Jahre überschritten hat, werden bis zum Erreichen des ordentlichen Pensionsalters nach Anordnung des Bundesrates der Preisentwicklung angepasst. Der Anspruch auf die Anpassung an die Preisentwicklung kann mit überobligatorischen Leistungsansprüchen verrechnet werden.

Übrige Renten

² Alle übrigen Renten werden der Preisentwicklung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stiftung angepasst.

Art. 31 Eingetragene Partnerschaft

Die eingetragene Partnerschaft gemäss dem Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 18.06.2004 ist der Ehe gleichgestellt. Entsprechend gelten die Bestimmungen dieses Reglements, die sich auf Ehegatten beziehen, gleichermaßen auch für in eingetragener Partnerschaft lebende versicherte Personen.

Auszahlung

Art. 32 Auszahlungsmodalitäten

- Monatliche Renten ¹ Die Renten werden in monatlichen Beträgen jeweils anfangs Monat ausgerichtet. Beginnt der Leistungsanspruch während eines Monats, so wird ein entsprechender Teilbetrag ausgerichtet.
- Kapitalabfindung ² Beträgt die Alters- oder Invalidenrente weniger als 10 %, die Ehegatten- oder Lebenspartnerrente weniger als 6 %, die Kinderrente weniger als 2 % der Mindestaltersrente der AHV, wird anstelle der Rente eine Kapitalabfindung ausbezahlt. Die Kapitalabfindung entspricht im Vorsorgefall Alter dem vorhandenen Alterskontoguthaben, im Todes- und Invaliditätsfall dem versicherungstechnischen Deckungskapital. Mit Ausrichtung der Kapitalabfindung sind sämtliche Ansprüche aus dem Vorsorgeverhältnis der versicherten Person abgegolten: Stirbt die versicherte Person nach Bezug der Kapitalabfindung, bestehen keine Ansprüche auf Hinterlassenenleistungen.
- Zahlstelle ³ Für die Auszahlung der Leistungen kann die Stiftung auf eine Schweizer oder Europäische (EU/EFTA-Staat) Bankverbindung als Zahlstelle bestehen.

Art. 33 Anspruchsbegründung

- Unterlagen ¹ Die Leistungen werden ausbezahlt, sobald die Anspruchsberechtigten alle Unterlagen, welche die Stiftung zur Begründung des Anspruchs verlangen darf, beigebracht haben.
- Todesfallleistungen ² Personen, die Todesfallleistungen beanspruchen, haben der Stiftung folgende Unterlagen einzureichen:
- die Verfügung der AHV und gegebenenfalls des Unfallversicherers;
 - einen amtlichen Todesschein;
 - einen ärztlichen Bericht über die Todesursache;
 - einen Ausweis über den registrierten Familienstand oder einen Familienschein;
 - gegebenenfalls einen Ausweis, aus welchem das Geburtsdatum des Ehegatten sowie das Datum der Eheschliessung hervorgehen.
- Invaliditätsleistungen ³ Personen, die Invaliditätsleistungen beanspruchen, haben der Stiftung folgende Unterlagen einzureichen:
- Berichte der Ärztinnen und Ärzte, welche die versicherte Person behandeln oder behandelt haben, über Ursache, Verlauf und Folgen der Invalidität;
 - die Verfügung der IV und gegebenenfalls des Unfallversicherers.
- Kinderrente ⁴ Personen, die eine Kinderrente beanspruchen, haben der Stiftung folgende Unterlagen einzureichen:

- a. einen amtlichen Ausweis über das Geburtsdatum jedes Kindes, welches einen Anspruch begründet oder anspruchsberechtigt ist;
- b. für Kinder, die sich nach dem 18. Altersjahr noch in Ausbildung befinden und das 25. Altersjahr noch nicht vollendet haben: den Lehrvertrag oder die Bestätigung der besuchten Ausbildungsstätte;
- c. für Kinder, die invalid sind: die Verfügung der IV.

Meldepflichtige Änderungen

⁵ Personen, die Vorsorgeleistungen beziehen, haben der Stiftung unaufgefordert und unverzüglich jede Änderung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, soweit sie die Anspruchsberechtigung beeinflussen, wie Heirat, Beendigung der Ausbildung, Anpassung oder Aufhebung der Rente der Invalidenversicherung usw. mitzuteilen.

Kosten

⁶ Die Kosten für die beizubringenden Unterlagen gehen zu Lasten der anspruchsberechtigten Personen.

Art. 34 Verzugszins

Verzugszins auf Vorsorgeleistungen

¹ Der Verzugszins auf fälligen Vorsorgeleistungen entspricht dem BVG-Mindestzins. Bei Leistungen in Rentenform beginnt die Verzinsungspflicht mit Einleitung der Betreuung oder Klageerhebung. Bei Leistungen in Kapitalform beginnt die Verzinsungspflicht 90 Tage nachdem die Anspruchsberechtigung eindeutig feststeht.

Verzugszins auf Beitragsforderungen

² Der Verzugszins auf fälligen Beitragsforderungen entspricht 5 %. Der Beginn der Verzugszinspflicht richtet sich nach den anwendbaren Anschlussbedingungen.

Art. 35 Unverfäglichkeit und Unabtretbarkeit der Ansprüche

Unverfäglichkeit und Unabtretbarkeit

¹ Die durch dieses Reglement begründeten Ansprüche können vor ihrer Fälligkeit weder abgetreten noch verpfändet werden. Vor ihrer Fälligkeit sind sie bei der anspruchsberechtigten Person auch nicht pfändbar. Vorbehalten bleibt eine Verpfändung für Wohneigentum zum eigenen Bedarf.

Erbmasse

² Die Leistungen sind unabhängig vom Erbrecht und fallen den anspruchsberechtigten Personen auch zu, wenn sie die Erbschaft ausschlagen.

Finanzierung

Beiträge

Art. 36 Beitragspflicht

Beginn und Ende

¹ Die Beitragspflicht beginnt mit der Aufnahme in die Vorsorge. Ihr Ende wird im Vorsorgeplan festgelegt.

Beitragsbefreiung

² Die Beitragspflicht entfällt während einer allfälligen Beitragsbefreiung.

Art. 37 Sparbeitrag

Altersvorsorge

¹ Zur Finanzierung der Altersvorsorge erhebt die Stiftung einen Sparbeitrag.

Höhe

² Der Sparbeitrag wird im Vorsorgeplan festgelegt.

Art. 38 Risikobeitrag

Tod und Invalidität	¹ Zur Finanzierung der Deckung der Risiken Tod und Invalidität erhebt die Stiftung einen Risikobeitrag.
Sicherheitsfonds, Deckung des Pensionierungsverlustes und Anpassung an die Preisentwicklung	² Der Risikobeitrag beinhaltet zusätzlich den Beitrag an den Sicherheitsfonds und den Beitrag für die Anpassung der nach BVG versicherten Hinterlassenen- und Invalidenrenten an die Preisentwicklung. Der Risikobeitrag kann ausserdem zur Deckung der Pensionierungsverluste verwendet werden.
Höhe	³ Er wird im Vorsorgeplan festgelegt.
Anpassung	⁴ Er wird vom Stiftungsrat festgesetzt und kann jederzeit überprüft und den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Eine Änderung wird vor Inkrafttreten mitgeteilt.

Art. 38a Rentenbeitrag

Zweck	¹ Zur Finanzierung der Pensionierungsverluste kann die Stiftung einen Rentenbeitrag erheben.
Verwendung	² Der Rentenbeitrag wird einem individuellen Rentenbeitragskonto gutgeschrieben. Das Rentenbeitragskonto wird nicht verzinst und folgendermassen verwendet: <ol style="list-style-type: none">Im Freizügigkeitsfall wird das vorhandene Alterskontoguthaben um das Rentenbeitragskontoguthaben erhöht.Bei Bezug des Alterskontoguthabens in Kapitalform wird das Alterskontoguthaben um das Rentenbeitragskontoguthaben erhöht und der versicherten Person ebenfalls in Kapitalform ausbezahlt. Bei Bezug des Alterskontoguthabens in Rentenform verfällt das Rentenbeitragskontoguthaben der Stiftung. Bei Teil-Kapitalbezug des Alterskontoguthabens wird das Rentenbeitragskontoguthaben anteilmässig ausbezahlt.Im Todesfall wird das Zusatzkontoguthaben um das Rentenbeitragskontoguthaben erhöht und gemäss den Bestimmungen im Vorsorgeplan verwendet.Bei Invalidität wird das Rentenbeitragskontoguthaben nicht ausgerichtet und verfällt der Stiftung; bei Teilinvalidität verfällt das Rentenbeitragskontoguthaben anteilmässig im Verhältnis zum prozentualen Rentenanteil.

Art. 39 Verwaltungskostenbeitrag

Verwaltung	¹ Zur Deckung der Verwaltungskosten erhebt die Stiftung einen allgemeinen Verwaltungskostenbeitrag.
Höhe	² Die Höhe des allgemeinen Verwaltungskostenbeitrags wird im Vorsorgeplan festgelegt.
Anpassung	³ Er wird vom Stiftungsrat festgesetzt und kann jederzeit überprüft und den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Eine Änderung wird vor Inkrafttreten mitgeteilt.

Art. 40 Sanierungsbeitrag

Massnahmen	¹ Zur Behebung einer Unterdeckung kann vom Stiftungsrat ein Sanierungsbeitrag beschlossen werden.
Austritt	² Beim Austritt besteht kein Anspruch auf Sanierungsbeiträge.

Eingebrachte Freizügigkeitsleistungen und freiwilliger Einkauf

Art. 41 Verwendung der eingebrachten Freizügigkeitsleistung

Alterskonto	¹ Die eingebrachte Freizügigkeitsleistung wird dem Alterskonto der versicherten Person bis zum Maximalbetrag gemäss Vorsorgeplan gutgeschrieben.
Zusatzkonto	² Ein allfälliger Überschuss wird dem Zusatzkonto gutgeschrieben.
Festhalten des obligatorischen Anteils	³ Die Stiftung hält fest, wie hoch der obligatorische Anteil des Altersguthabens ist. Kann das obligatorische Altersguthaben nicht ermittelt werden, so gilt als obligatorisches Altersguthaben der Betrag, den die versicherte Person nach den gesetzlichen Mindestvorschriften bis zum Zeitpunkt der Festlegung maximal hätte erreichen können, höchstens aber das tatsächlich vorhandene Vorsorgeguthaben.

Art. 42 Maximales Alterskontoguthaben

Die Höhe des maximalen Alterskontoguthabens wird im Vorsorgeplan festgelegt.

Art. 43 Freiwilliger Einkauf

Voraussetzungen	¹ Die versicherte Person, welche voll arbeitsfähig ist und das ordentliche Pensionsalter noch nicht erreicht hat, kann ihr Alterskontoguthaben mit freiwilligen Einkäufen erhöhen. Ein Einkauf ist zweimal jährlich möglich.
Möglicher Einkauf	² Der freiwillige Einkauf darf die Differenz zwischen dem Maximalbetrag des Alterskontoguthabens gemäss Vorsorgeplan und dem massgebenden Sparguthaben nicht übersteigen. Als massgebendes Sparguthaben gilt das Sparguthaben per 31. Dezember des Vorjahres, zuzüglich der Sparbeiträge für das gesamte laufende Kalenderjahr.
Einschränkungen	³ Vom maximal möglichen Einkauf gemäss Abs. 2 sind einerseits allfällige Guthaben abzuziehen, über welche die versicherte Person bei einer Freizügigkeitseinrichtung verfügt. Andererseits sind allfällige Guthaben der Säule 3a aus selbständiger Tätigkeit abzuziehen, soweit sie das grösstmögliche 3a-Guthaben aus unselbständiger Tätigkeit übersteigen (Art. 60a Abs. 2 BVV 2). Für Versicherte, welche aus dem Ausland zuziehen und noch nie einer Vorsorgeeinrichtung in der Schweiz angehört haben, gilt ausserdem die Beschränkung gemäss Art. 60b BVV 2.
Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung	⁴ Wurden Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung getätigt, darf ein Einkauf erst vorgenommen werden, wenn die Vorbezüge zurückbezahlt sind.
Verbot der Kapitalform	⁵ Wurde ein Einkauf getätigt, dürfen die daraus resultierenden Leistungen innerhalb der nächsten drei Jahre nicht in Kapitalform bezogen werden.
Steuerliche Behandlung	⁶ Die Abklärung der steuerlichen Abzugsfähigkeit des Einkaufs obliegt der versicherten Person.

Art. 44 **Eingebrachte Vorsorgeleistungen infolge Ehescheidung**

- Verwendung ¹ Art. 41 (Verwendung der eingebrachten Freizügigkeitsleistung) gilt sinngemäss für Leistungen, welche der Stiftung infolge Ehescheidung überwiesen werden (Freizügigkeitsleistungen und Renten).
- Obligatorischer Anteil ² Die Stiftung hält fest, wie hoch der obligatorische Anteil des Altersguthabens bei der übertragenen Austrittsleistung oder Rente infolge Ehescheidung ist. Die übertragene Austrittsleistung oder Rente wird im Verhältnis, in dem sie in der Vorsorge der verpflichteten Ehegattin oder des verpflichteten Ehegatten belastet wurde, dem obligatorischen Altersguthaben und dem übrigen Vorsorgeguthaben der berechtigten Ehegattin oder des berechtigten Ehegatten gutgeschrieben.

Freizügigkeit

Art. 45 **Anspruch auf eine Freizügigkeitsleistung**

Die nicht invalide versicherte Person, die die Stiftung vor Erreichen des ordentlichen Pensionsalters verlässt, hat Anspruch auf eine Freizügigkeitsleistung, es sei denn:

- a. sie scheidet aus der obligatorischen Vorsorge aus und führt die Vorsorge im Sinne von Art. 47 oder Art. 47a BVG weiter,
- b. sie nimmt eine selbständige Erwerbstätigkeit auf und versichert sich bei der Stiftung gemäss Art. 44 BVG freiwillig.

Art. 46 **Nachdeckung**

Die versicherte Person bleibt während eines Monats nach ihrem Ausscheiden aus der Stiftung für die Risiken Tod und Invalidität im Rahmen der Stiftung versichert. Beginnt sie vorher ein neues Vorsorgeverhältnis, so ist die neue Vorsorgeeinrichtung zuständig.

Art. 47 **Höhe der Freizügigkeitsleistung**

Die Freizügigkeitsleistung entspricht dem vorhandenen Sparguthaben. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Reglements zur Teilliquidation der Stiftung. Sie entspricht mindestens den Mindestbetrag gemäss Art. 17 FZG.

Art. 48 **Fälligkeit der Freizügigkeitsleistung**

Die Freizügigkeitsleistung wird per Datum des Austrittes aus der Stiftung fällig und ab diesem Zeitpunkt zum BVG-Mindestzinssatz verzinst. Überweist die Stiftung die fällige Leistung nicht innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der für die Überweisung notwendigen Angaben, so schuldet sie ab diesem Zeitpunkt den Verzugszins gemäss FZG und FZV.

Art. 49 **Verwendung der Freizügigkeitsleistung**

- Überweisung an die neue Vorsorgeeinrichtung ¹ Die Freizügigkeitsleistung wird an die neue Vorsorgeeinrichtung der versicherten Person in der Schweiz oder im Fürstentum Liechtenstein überwiesen.
- Erhaltung des Vorsorgeschatzes ² Besteht keine neue Vorsorgeeinrichtung hat die versicherte Person der Stiftung mitzuteilen, in welcher zulässigen Form (Freizügigkeitskonto oder -police) sie den Vorsorgeschatz erhalten will. Bleibt diese Mitteilung aus, wird die

Freizügigkeitsleistung frühestens sechs Monate, spätestens aber zwei Jahre nach dem Austritt dem Geschäftsbereich Freizügigkeitskonten überwiesen.

Weiterversicherung ³ Die versicherte Person hat die Möglichkeit, gestützt auf Art. 47 BVG die Vorsorge oder bloss die Altersvorsorge bei der Stiftung Auffangeinrichtung weiter zu führen.

Art. 50 Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung

Voraussetzungen ¹ Die austretende Person kann die Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung verlangen, wenn:

- a. sie die Schweiz endgültig verlässt;
- b. sie eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt und nicht mehr der obligatorischen beruflichen Vorsorge untersteht;
- c. die Freizügigkeitsleistung weniger als ihr Jahresbeitrag beträgt.

Die Barauszahlung gemäss Buchstabe a ist unzulässig, wenn die versicherte Person die Schweiz endgültig verlässt und in Liechtenstein wohnt. Die versicherte Person kann die Barauszahlung im Umfang des vorhandenen BVG-Altersguthabens nicht verlangen, wenn sie nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder nach den isländischen oder norwegischen Rechtsvorschriften für die Vorsorgefälle Alter, Tod und Invalidität weiterhin obligatorisch versichert bleibt.

Nachweis ² Sie hat folgende Nachweise einzureichen:

- a. bei endgültigem Verlassen der Schweiz die Abmeldung bei der Einwohnerkontrolle;
- b. bei Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit die Bestätigung der zuständigen AHV-Ausgleichskasse.
- c. Die Stiftung kann gleichwertige Dokumente annehmen und bei Bedarf weitere verlangen.

Zustimmung der Ehegattin oder der Ehegatten ³ Ist die austretende Person verheiratet, ist die Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung nur zulässig, wenn die Ehegattin oder der Ehegatte schriftlich zugestimmt hat. Die Stiftung kann eine notarielle Beglaubigung der Unterschriften verlangen.

Ehescheidung

Art. 51 Grundsätze

Übertragung ¹ Bei Ehescheidung werden die Austrittsleistungen und Rentenanteile nach den Art. 122 - 124e ZGB geteilt. Das Gericht bestimmt, welcher Teil des während der Dauer der Ehe erworbenen Sparguthabens bzw. einer laufenden Rente an welche Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des anderen Ehegatten zu übertragen ist.

Auswirkungen ² Die zu übertragende Austrittsleistung wird im Verhältnis des obligatorischen Altersguthabens zum übrigen Vorsorgeguthaben belastet. Für die Übertragung einer lebenslangen Rente nach Artikel 124a ZGB gilt dies sinngemäss. Die Vorsorgeleistungen werden entsprechend gekürzt.

Wiedereinkauf nach Scheidung ³ Die versicherte Person hat die Möglichkeit, sich im Umfang des übertragenen Sparguthabens wieder einzukaufen. Der übertragene Teil der hypothetischen

Austrittsleistung einer Person, die eine Invalidenrente bezieht, kann nicht wieder eingekauft werden.

Höhe des Wiedereinkaufs und Verwendung

⁴ Die wieder einbezahlten Beträge werden im gleichen Verhältnis wie bei der Belastung nach Art. 22c Abs. 1 FZG dem obligatorischen Altersguthaben und dem übrigen Vorsorgeguthaben zugeordnet.

Bei Aufschub der Altersleistung

⁵ Hat die Ehegattin oder der Ehegatte im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens das ordentliche reglementarische Rentenalter erreicht und den Bezug der Altersleistung aufgeschoben, so ist das in diesem Zeitpunkt vorhandene Vorsorgeguthaben wie eine Austrittsleistung zu teilen.

Vorsorgefall Alter während des Scheidungsverfahrens (ohne IV-Rente)

⁶ Tritt bei der verpflichteten Ehegattin oder beim verpflichteten Ehegatten während des Scheidungsverfahrens der Vorsorgefall Alter ein, so kürzt die Stiftung den nach Art. 123 ZGB zu übertragenden Teil der Austrittsleistung und die Altersrente. Die Kürzung entspricht höchstens der Summe, um die die Rentenzahlungen bis zur Rechtskraft des Scheidungsurteils tiefer ausgefallen wären, wenn ihrer Berechnung ein um den übertragenen Teil der Austrittsleistung vermindertes Guthaben zugrunde gelegt worden wäre. Die Kürzung wird vorbehaltlich einer im Scheidungsurteil anderslautenden Anordnung je hälftig auf die beiden Ehegatten verteilt.

Vorsorgefall Alter während des Scheidungsverfahrens (mit IV-Rente)

⁷ Bezieht die verpflichtete Ehegattin oder der verpflichtete Ehegatte eine Invalidenrente und erreicht sie oder er während des Scheidungsverfahrens das reglementarische Rentenalter, so kürzt die Stiftung die Austrittsleistung nach Art. 124 Abs. 1 ZGB und die Rente. Die Kürzung entspricht höchstens der Summe, um die die Rentenzahlungen zwischen dem Erreichen des reglementarischen Rentenalters und der Rechtskraft des Scheidungsurteils tiefer ausgefallen wären, wenn ihrer Berechnung ein um den übertragenen Teil der Austrittsleistung vermindertes Guthaben zugrunde gelegt worden wäre. Die Kürzung wird vorbehaltlich einer im Scheidungsurteil anderslautenden Anordnung je hälftig auf die beiden Ehegatten verteilt.

Art. 52

Invalide Personen vor dem Rücktrittsalter

Übertragung eines Teils der hypothetischen Austrittsleistung

¹ Ist gestützt auf ein Gerichtsurteil bei einer Person, die eine Invalidenrente bezieht und die das Rücktrittsalter noch nicht erreicht hat, ein Teil ihrer hypothetischen Austrittsleistung auf die Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des geschiedenen Ehegatten zu übertragen, wird die Invalidenrente um denjenigen Betrag gekürzt, um den sie tiefer ausfallen würde, wenn ihrer Berechnung das um den zu übertragenden Betrag gekürzte Vorsorgeguthaben zugrunde gelegt würde.

Hypothetische Austrittsleistung

² Die hypothetische Austrittsleistung einer Person, die eine lebenslänglich auszurichtende Invalidenrente bezieht, bestimmt sich als denjenigen Betrag, auf den bei Reaktivierung Anspruch bestehen würde.

Kürzung bei koordinierter Invalidenrente

³ Die hypothetische Austrittsleistung einer Person, die eine Invalidenrente bezieht und deren Rente infolge Zusammentreffens mit Leistungen der Unfall- oder Militärversicherung gekürzt ist, kann nur dann für den Vorsorgeausgleich verwendet werden, wenn die Invalidenrente ohne Anspruch auf Kinderrenten keine Kürzung erfahren würde.

Art. 53

Pensionierte und invalide Personen nach dem Rücktrittsalter

Zuspruch Rententeil

¹ Wird gestützt auf ein Gerichtsurteil ein Teil einer laufenden Alters- oder Invalidenrente der geschiedenen Ehegattin oder dem geschiedenen Ehegatten zugesprochen, richtet die Stiftung für diesen eine lebenslange Rente gemäss Art.

124a ZGB aus. Die laufende Alters- oder Invalidenrente wird lebenslänglich um den zugesprochenen Rentenanteil gekürzt.

Berechnung der Rente

² Die Höhe der lebenslangen Rente gemäss Art. 124a ZGB bestimmt sich aufgrund des zugesprochenen Rentenanteils, welcher nach der Formel im Anhang der FZV im Zeitpunkt, in dem die Scheidung rechtskräftig wird, in eine Rente umgewandelt wird.

Art. 54 Lebenslange Rente infolge Vorsorgeausgleichs

Beginn Anspruch

¹ Die lebenslange Rente nach Art. 124a ZGB wird erstmals in demjenigen Monat ausgerichtet, welcher dem für ihre Berechnung massgebenden Monat nachfolgt.

Ende Anspruch;
Anwartschaften

² Der Anspruch auf die lebenslange Rente nach Art. 124a ZGB erlischt mit dem Tod der berechtigten geschiedenen Ehegattin oder des berechtigten geschiedenen Ehegatten. Die lebenslange Rente nach Art. 124a ZGB begründet keinen Anspruch auf weitere Leistungen.

Auszahlung der Rente

³ Bezieht die berechtigte geschiedene Ehegattin oder der berechtigte geschiedene Ehegatte eine ganze Invalidenrente oder wurde das 58. Altersjahr vollendet, kann die direkte Auszahlung der lebenslangen Rente nach Art. 124a ZGB verlangen werden. Ist das AHV-Pensionsalter erreicht, wird die Rente direkt ausgerichtet.

Übertragung der Rente an eine andere Einrichtung

⁴ Hat die berechtigte geschiedene Ehegattin oder der berechtigte geschiedene Ehegatte das AHV-Pensionsalter noch nicht erreicht und wird die lebenslange Rente nach Art. 124a ZGB nicht direkt ausbezahlt, werden die Renten jährlich in einem Betrag bis zum 15. Dezember in die gemeldete Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung der berechtigten geschiedenen Ehegattin oder des berechtigten geschiedenen Ehegatten übertragen. Der Jahresbetrag erhöht sich um einen halben reglementarischen Zins. Wurde der Stiftung keine Meldung gemacht oder nimmt die gemeldete Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung den zu überweisenden Betrag nicht mehr entgegen, erfolgt frühestens nach 6 Monaten eine Überweisung an die Stiftung Auffangeinrichtung BVG, Freizügigkeitskonten. Vorbehalten bleibt eine Auszahlung gemäss Abs. 3.

Kapitalabfindung einer sukzessiv zu übertragenden Rente

⁵ Hat die berechtigte geschiedene Ehegattin oder der berechtigte geschiedene Ehegatte das AHV-Pensionsalter noch nicht erreicht und wird die lebenslange Rente nach Art. 124a ZGB nicht direkt ausbezahlt, erfolgt eine Überweisung der lebenslangen Rente nach Art. 124a ZGB in die gemeldete Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung der berechtigten geschiedenen Ehegattin oder des berechtigten geschiedenen Ehegatten in Form einer Rente, ausser es wurde schriftlich eine Kapitalauszahlung beantragt. Die Höhe des zu überweisenden Kapitals berechnet sich nach denjenigen von der Stiftung angewandten versicherungstechnischen Grundlagen, die im Zeitpunkt der Rechtskraft der Scheidung massgebend gewesen sind. Mit der Übertragung der Rente in Kapitalform erlöschen sämtliche Ansprüche der berechtigten geschiedenen Ehegattin oder des berechtigten geschiedenen Ehegatten gegenüber der Stiftung.

Wohneigentumsförderung

Art. 55 Vorbezug und Verpfändung

Allgemein

¹ Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen können die Mittel der beruflichen Vorsorge bis drei Jahre vor Erreichen des ordentlichen Pensionsalters zur

Finanzierung von Wohneigentum für den eigenen Bedarf verpfändet oder vorbezogen werden.

Zustimmung	² Bei Verheirateten ist für Verpfändung und Vorbezug sowie jede nachfolgende Begründung eines Grundpfandrechts die schriftliche Zustimmung der Ehegattin oder des Ehegatten erforderlich.
Folgen	³ Bei einem Vorbezug und bei einer Pfandverwertung wird das Sparguthaben der versicherten Person um den ausbezahlten Betrag vermindert. Das Alterskontoguthaben, das obligatorische Altersguthaben gemäss BVG, ein allfälliges Zusatzkontoguthaben und ein allfälliges Rentenbeitragskontoguthaben werden proportional zur Veränderung des Sparguthabens vermindert. Dies führt zu einer Verminderung der Leistungen, welche auf der Grundlage dieser Guthaben berechnet werden.
Zustimmung des Pfandgläubigers	⁴ Soweit die Vorsorgeleistungen verpfändet sind, ist für deren Auszahlung die schriftliche Zustimmung des Pfandgläubigers erforderlich.
Weitere Bestimmungen	⁵ Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Bundesrechts. Die Stiftung kann weitere Einzelheiten in einem Merkblatt regeln.

Art. 56 Wohneigentumsförderungskosten

Kosten	¹ Zur Deckung der administrativen Aufwendungen werden folgende Wohneigentumsförderungskosten der versicherten Person in Rechnung gestellt: <table><tr><td>a. bei einem Vorbezug</td><td>CHF</td><td>400</td></tr><tr><td>b. bei einer Pfandverwertung</td><td>CHF</td><td>400</td></tr><tr><td>c. bei einer Verpfändung</td><td>CHF</td><td>200</td></tr></table>	a. bei einem Vorbezug	CHF	400	b. bei einer Pfandverwertung	CHF	400	c. bei einer Verpfändung	CHF	200
a. bei einem Vorbezug	CHF	400								
b. bei einer Pfandverwertung	CHF	400								
c. bei einer Verpfändung	CHF	200								
Anpassung	² Die Wohneigentumsförderungskosten werden vom Stiftungsrat festgesetzt. Sie können jederzeit überprüft und den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Eine Änderung wird vor Inkrafttreten mitgeteilt.									

Auskunftspflicht der Stiftung

Art. 57 Persönlicher Ausweis

Jede versicherte Person erhält nach ihrer Anmeldung einen persönlichen Ausweis mit den für sie gültigen Daten. Ein neuer persönlicher Ausweis wird ihr auf jeden 1. Januar ausgehändigt. Jeder persönliche Ausweis ersetzt alle früheren. Die Stiftung hält dabei fest, wie hoch der obligatorische Teil des Altersguthabens ist.

Art. 58 Informationspflichten

Allgemeine Auskunft	¹ Auf Anfrage erteilt die Stiftung der versicherten Person Auskunft über die in diesem Reglement erwähnten Rechtsgrundlagen und Publikationen, über die ihr ausgehändigten Unterlagen und über ihre Vorsorge. Auf Verlangen werden diese Auskünfte schriftlich erteilt.
Auskunft bei Ehescheidung	² Im Falle der Ehescheidung gibt die Stiftung auf Verlangen der versicherten Person oder dem Gericht Auskunft gemäss Art. 24 Abs. 3 FZG und Art. 19k FZV.

Schlussbestimmungen

Art. 59 Massnahmen bei Unterdeckung

Entscheid	¹ Bei einer Unterdeckung im Sinne von Artikel 44 BVV 2 entscheidet der Stiftungsrat nach Anhörung des Experten für berufliche Vorsorge, welche Sanierungsmassnahmen zu treffen sind. Er ist für die Behebung der Unterdeckung innerhalb angemessener Frist besorgt.
Massnahmen	² Folgende Massnahmen stehen zur Verfügung: <ul style="list-style-type: none">a. Senkung der Verzinsung des Sparguthabens;b. Erhebung von Sanierungsbeiträgen von den versicherten Personen und den Arbeitgebern;c. Sanierungsbeiträge von rentenbeziehenden Personen. Die Minimalleistungen nach BVG werden dabei nicht geschmälert. Der Beitrag darf nur auf dem Teil der laufenden Rente erhoben werden, der in den letzten zehn Jahren vor der Einführung dieser Massnahme durch gesetzlich oder reglementarisch nicht vorgeschriebene Erhöhungen entstanden ist. Die Höhe der Renten bei Entstehung des Rentenanspruchs bleibt in jedem Fall gewährleistet;d. Unterschreitung des BVG-Zinssatzes, sofern sich die Massnahmen gemäss lit. a und b als ungenügend erweisen;e. zeitliche und betragsmässige Einschränkung der Auszahlung von Vorbezügen für Wohneigentum, sofern der Vorbezug der Rückzahlung von Hypothekendarlehen dient. Die betroffenen versicherten Personen werden über die Dauer und das Ausmass der Massnahme informiert.
Verzinsung des Mindestbetrags	³ Während der Dauer einer Unterdeckung wird der Zinssatz zur Berechnung der Freizügigkeitsleistung gemäss Art. 17 FZG (Mindestbetrag) auf den Zinssatz, mit welchem die Sparguthaben verzinst werden, reduziert.
Höhe der Sanierungsbeiträge	⁴ Die Höhe der Sanierungsbeiträge wird vom Stiftungsrat festgelegt.
Information der versicherten Personen	⁵ Die Stiftung informiert die aktiv versicherten Personen, die rentenbeziehenden Personen und die Aufsichtsbehörde in je angemessener Form über das Ausmass und die Ursachen der Unterdeckung sowie über die ergriffenen Massnahmen und deren Wirksamkeit.

Art. 60 Erfüllungsort

Als Erfüllungsort gilt der Wohnsitz der anspruchsberechtigten Person, ihrer Vertreterin oder ihres Vertreters in der Schweiz oder einem EU-/EFTA-Staat. Bei Fehlen eines solchen Wohnsitzes sind die Vorsorgeleistungen am Sitz der Stiftung zahlbar. Sie werden in Schweizer Franken erbracht.

Art. 61 Gerichtsstand

Bei Streitigkeiten zwischen der Stiftung, den Arbeitgebern und den anspruchsberechtigten Personen ist Gerichtsstand der schweizerische Sitz oder Wohnsitz der beklagten Partei oder der Ort des Betriebes, bei dem die versicherte Person angestellt wurde.

Art. 62 **Änderung des Reglements**

Der Stiftungsrat kann dieses Reglement jederzeit ändern.

Art. 63 **Massgebender Text**

Massgebend ist der deutsche Text der Allgemeinen Bestimmungen.

Art. 64 **Inkrafttreten**

Dieses Reglement wurde vom Stiftungsrat am 17.05.2021 und am 20.09.2021 verabschiedet. Es tritt per 01.01.2022 in Kraft und ersetzt die bisherigen Allgemeinen Bestimmungen, gültig ab dem 01.01.2021.

Stiftung Auffangeinrichtung BVG

Standort Deutschschweiz
Elias-Canetti-Strasse 2
8050 Zürich
+41 41 799 75 75

Fondation institution supplétive LPP

Agence régionale de la Suisse romande
Boulevard de Grancy 39
1006 Lausanne
+41 21 340 63 33

Fondazione istituto collettore LPP

Agenzia regionale della Svizzera italiana
Viale Stazione 36
6501 Bellinzona
+41 91 610 24 24